

Saale-Zeitung.

Funfzehnjähriger Jahrgang.

werden die Geoposten...

Ercheint täglich...

Redaktion und Druck...

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich...

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis...

Redaktion der Saale-Zeitung...

Nr. 153.

Halle a. S., Freitag, den 31. März.

1911.

Die auswärtige Politik im Reichstag.

150. Sitzung vom Donnerstag, 30. März.

Am Bundesstaatskaffe: v. Bethmann, Delbrück, v. Alder...

Der Etat des Reichskanzlers.

Hierzu liegen Resolutionen vor: vom Abg. v. Treuenfels (loni) mit Unterstützung aller Parteien...

Abg. Dr. Spahn (Ztr.).

Der Reichstag hat am 10. Dezember eingehend über die auswärtige Politik gesprochen...

Abg. Graf Kainig (loni).

Unser Blick richtet sich auf das Königreich Italien. Wir nehmen herzlichen Anteil an seiner Feier...

Abg. Scheidemann (So.).

Die internationale Sozialdemokratie arbeitet am meisten für den Frieden. Der Himmel der Imperialisten in Deutschland hängt voller Befehle...

Abg. Wassermann (ntl.).

Wir bedauern lebhaft, daß der Redner des Zentrums, der sonst hier zur auswärtigen Politik das Wort zu ergreifen pflegte, heute durch Krankheit verhindert ist...

Diese Weltfriedenspolitik

stand nicht immer so in Frankreich im Vordergrund, ich erinnere an Delcassé, an die Einseitigkeitspolitik. Diese Phase der internationalen Politik ist nunmehr abgeklungen...

Die Einschränkung der Rüstungen

haben wir erhebliche Bedenken. Die Macht Englands, sich dauernd die Herrschaft zur See zu sichern, ist klar und kann kaum veräußert werden...

Unabhängigkeit Marokkos

legen auch wir großen Wert. Unsere wirtschaftlichen Interessen müssen dort freilich geschützt werden, besonders im Nierenquadrat. Die Maßnahmen des Staatssekretärs haben ja auch bereits einen wohltätigen Einfluß gehabt...

Patriot. Aber dieser Einfluß drückt sich nicht ziffermäßig aus, sondern liegt in der geschichtlichen Tradition. Bei den Wahlen ist auch der Liberalismus in Mitleidenschaft gezogen worden...

Ein Zwischenfall.

Vizepräsident Dr. Spahn: Der Reichskanzler hat mit dem Bauernbund nichts zu tun. (Beifall rechts und links.)

Abg. Wassermann: Ich muß mich gegen Angriffe wehren. Der Bauernbund steht in gewissen freundschaftlichen Beziehungen zu uns. Auch das beweist unsere Landwirtschaftsfreundlichkeit...

Hg. Dr. Wiemer (Wp.)

Wir halten die langfristigen Handelsverträge im Gegensatz zum Großen Konflikt für ein Gut, das in internationalen Kreisen kommt unter dem Namen immer mehr zum Durchbruch, daß das Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft beim Zelttarif und den Handelsverträgen zueinander der Industrie verlohren ist. Hier ist eine Aufgabe für den Handel. Das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada wird hoffentlich nicht ohne günstigen Einfluß auf unsere Beziehungen sein. Groß Konflikt sprach davon, daß wir nicht die größten Gegner Englands seien; um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, erkläre ich, wir sind überhaupt keine Gegner, Bande des Blutes verbinden uns. Von einer Liebesheirat der

Soldaten-Entree

haben wir uns von Anfang an freigegeben. Von Förderung des Jahresbundes, von einem Rückversicherungsvertrag kann keine Rede sein. Im Gegensatz zum Großen Konflikt erkläre ich, daß wir nicht wünschen, daß unsere konstitutionellen Verhältnisse in Verbindung gebracht werden mit denen in Rußland. Aber auch wir hoffen, daß auf Grund dieses und weiterer Abkommen unsere Beziehungen zu Rußland möglichst freundlich gestaltet werden. Der Dreieck und der ruhende Pol in der Erscheinung führt. Wir bringen dem internationalen Volke unsere herzlichsten Glückwünsche dar. Wir hätten uns auch sehr gefreut, wenn der deutsche Kaiser persönlich die guten Wünsche des deutschen Volkes in Rom überbracht hätte. (Beifall links.) Unsere Stellung zur Abrüstung ist klar. Darum freuen wir uns über die Worte des englischen Staatssekretärs.

Wir erwarten jetzt Taten von unserem Reichstag.

Was heute Utopie genannt wird, kann morgen Wahrheit sein. Der Redner wünscht dem erkrankten Herrn v. Hertling baldige Genesung. Männer von seiner Eigenart sind dem Parlament außerordentlich nützlich. (Beifall.) Ich will nicht über den Bauernbund und andere Dinge hier sprechen. Ich fürchte die Strafgeheimnisse nicht, denn diese Dinge gehören hierher, zum Etat des leitenden Staatsmannes, der an der politischen Situation schuld ist. (Beifall.) Unsere Geschäftsverhältnisse sind ganz verfahren. Man treibt Raubbau mit unserer Arbeitkraft! (Beifall.) Aber mit langen Predigten erreicht man keine großen Reden, Herr Gamm. Welche Zurückhaltung ist da viel besser! Schuld an allem ist man ganz die Aktionisten! (Beifall.) Die Regierung hat die Staatssekretäre nicht immer wieder von neuem auf die Suche nach einer Mehrheit für seine Vorlagen gehen. Eine Herabsetzung soll stattfinden. Wann sollen die Verhandlungen sein? (Zuruf im Zentrum: Gar nicht!) Das möchte Ihnen passen. Januarwahlen halten wir nicht für günstig. (Der Reichstagspräsident lächelt.) Man will aber das Volk die Finanzreformulden vergessen lassen. Die Erledigung der Versicherungsordnung wünschen auch wir, ebenso des Heimarbeitgesetzes und des Arbeitsamtergesetzes. Herr Erzberger hat in einer Begrüßung vom dem Freimarzschützling Schröder gesprochen (Beifall links) und uns Kulturkampfgelüste vorgeworfen. Dem Gelächern tun wir Ihnen nicht. Trotzdem werden wir uns in dem Grenzgebiete zwischen Staat und Kirche immer auf Seite des Staates stellen. Auch dem Reichstagspräsident Erzberger den Festhandelsvertrag hingeworfen, weil er Rechte des Staates wahren. Die Haltung der Konventionen war auch bemerkenswert. Es handelte sich bei der Verhandlung in St. Louis wegen des Reiches, das eine wohl überlegte Aktion gegen Herrn v. Bethmann. Schon Herr Bismarck hat diesen Partikularismus der preussischen Konventionen auf lächerliche verurteilt. Wir haben keine Veranlassung, für den Reichstagspräsident durchs Feuer zu gehen, in der eckig-lehrstuhlgeligen Frage aber stehen wir auf seiner Seite. Der Kriegsminister v. Roon schrieb an Bismarck von der Verworfenheit, Rat- und Kopslosigkeit der Konventionen. Er wirft ihnen weibliche und boshafte Ueberhebung und Mangel an schöpferischen Talenten vor. (Hört, hört! links.) Die Konventionen sind auch heute noch ein Hemmnis für jeden politischen Fortschritt. Und Herr Döbelen erklärte, daß die Konventionen auf das Reich prägen. Dazu paßt auch, daß Graf Scherffner-Widetz am 10. Jahresfest hier nur eine sehr homöopathische Dosis der Anerkennung zur Verfügung hat. Wir überleben wollen, daß Straußen die Vormacht des Reiches bleibt, darum darf aber Preußen kein Vollwert des Reichsritzes sein. Bei der Handhabung des Vereinsgesetzes tut die Behörde, was sie will. Das muß veränderbar sein. Nun wird von der Rechten gern verlesen, uns mit den Sozialdemokraten, wie heute ein antisemitisches Blatt sagt, in denselben Topf der Verdammnis zu werfen. Von einem solchen Bündnis kann keine Rede sein. Weder die Liberalen noch die Sozialdemokraten denken an einen solchen Bund auf Leben und Tod. Uns trennen Weltanschauungen, das wird auch bei den Wahlkämpfen zum Ausdruck kommen. Denken Sie an die letzte Rede Behels in Hamburg, jetzt wollen Liberaler und Konventionen in der Stichwahl die Sozialdemokraten den Liberalen vorziehen. Wo bleibt da auch einmal der nationale Gedanke? Wir sind gespannt auf diese Desperadopolitik. Und wie gern hat die Rechte nicht die Hilfe der Sozialdemokraten genommen. Die konventionellen Abgeordneten Gieser, Fünke, die Wolfe und andere sind nur sozialdemokratische Hilfe gesucht worden. (Beifall, Hört, hört! links, Lachen rechts.) Freilich, jetzt heißt es auf der Rechten: Ach, grüß mich nicht unter den Hunden, wenn wir erst wieder im Wahlkreis sind, dann wird sich alles finden! (Beifall.) Wir gehen unseren Weg weiter und hoffen, mit der nationalliberalen Partei eine Front zu bilden. (Beifall links: Mal rechts), damit die reaktionären Zustände unseres Vaterlandes beseitigt werden. Ob wir dabei Erfolg haben werden (säuselt lächelnd rechts und im Zentrum), darüber wird das Volk entscheiden. (Beifall rechts Beifall links.)

Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

Auf die parteipolitischen Erörterungen des Vordröckers werde ich nicht eingehen. Ich bin ihm aber dankbar für die arbeitsfreundliche Mitwirkung, die er mir bis in den nächsten Winter hinein verschaffen hat. (Beifall links.) Ich will auch nicht auf den Kadaver über die Reichsfinanzreform eingehen. Sehr viel wird dabei nicht herauskommen. (Beifall links.) Die eigentliche Kampf ist längst ausgefochten. (Beifall.) Wieder zurück hinter den Vorhang, die Verhandlung will man auch im Volke auf die Dauer nicht wissen. (Beifall links.) Ich habe um das Wort gebeten, um einige kurze Ausführungen zu den Fragen der Abrüstung und der Schiedsgerichtsbarkeit zu sagen. Der sozialdemokratische Antrag verlangt, ich soll Schritte tun, um eine internationale Vereinbarung in der allgemeinen Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen. In der Tat wird der Abrüstungsgehalt in Parlamenten, auf Kongressen von Friedensfreunden ausgelegt weiter erörtert. Auch die erste Haager Friedenskonferenz hat die Frage behandelt, daß sie aber schließlich mit dem Wunsch begnügen müssen, daß die Regierungen das Problem abändernd diskutieren, Deutschland hat diesen

Wunsch ausgesprochen. Aber wir haben keine brauchbare Formel gefunden. Daß andere Regierungen glücklicher gewesen wären, ist mir nicht bekannt, und auch die sonstigen Studien haben zu einem praktischen Ergebnis meines Wissens nicht geführt. Ich bin wenigstens noch nirgend einem irgendeiner greifbaren Vorschlag, einem Vorschlag, der auch nur einigermaßen ins Detail ginge, über den sich ernsthaft diskutieren ließe, besonnen, und auch aus der heutigen Debatte habe ich einen solchen Vorschlag noch nicht herausgehört. (Sehr richtig.) Sie glauben, Sie haben sich eine vielleicht ideale, aber praktisch nicht durchführbare Aufgabe gestellt. Ich will damit nicht über den Wert der Arbeit der Freunde des Friedens und der Abrüstung urteilen. Die Zeit, wo in Europa die Kriege durch die Kabinette gemacht wurden, ist vorüber. (Sehr richtig.) Die Stimmungen, aus denen jetzt bei uns noch Kriege entstehen können, liegen wo anders, sie wurzeln in Gegensätzen, die vom Volksempfinden getragen worden. Jedermann weiß, daß sich dieses Empfinden sehr leicht beeinflussen läßt. Es wird häufig auf die unverantwortlichen Vortreibereien hingewiesen. Ein Gegenstand gegen alle solche und ähnliche Einflüsse ist sehr erwünscht, und ich werde der erste sein, der es dankbar begrüßt, wenn es der internationalen Arbeit gelingt, solche Gegenstände zu schaffen. Wenn ich aber praktische Maßregeln ergreife, wenn ich den anderen Mächten Vorschläge auf Abrüstung unterbreiten soll, dann genügen dazu nicht allgemeine Friedensbestimmungen. Deren ist Deutschland überhoben durch eine vierzigjährige konstante Politik, die zeigt, daß wir keine Hände mit der Welt suchen. (Beifall rechts.) Dann muß ich ein sehr umfassendes Arbeitsprogramm vorlegen können, dann muß ich auch sachlich prüfen, ob ein solches Programm überhaupt aufgestellt und, wenn es aufgestellt, auch

Der sozialdemokratische Antrag nimmt Bezug auf die Verhandlungen in der französischen Deputiertenkammer. Hat nicht trotz dieser Verhandlungen aber das neue französische Ministerium die programmatische Erklärung, mit der sie sich der Kammer vorstellte, unter deren lebhaftem Beifall mit dem Beifall des Volkes, daß ebenso wie andere Regierungen in einer starken Mehrheit eine wesentliche Friedensbewegung herbeizuführen (sehr richtig), und daß deshalb er den Streitkräften zu Wasser und zu Lande besondere Sorgfalt zuzuwenden werde. (Hört, hört.) Sie können sich daran verhalten, keine Antwort würde anders lauten. Unter solchen Umständen läßt dann ein Schema für die Abrüstung zustande kommen! Wenn die Nationen sich mäßig von einem internationalen Kongreß die Stellung diffieren ließen, die sie in der Welt einnehmen würden, dann würden wir auch noch einen Maßstab finden müssen, wie wir wieder die Stärke der Armeen gegeneinander abwägen. Auch nach einem solchen Maßstabe hat man mit eifrigem Bemühen gesucht, aber bisher noch ohne jeden Erfolg. Ich brauche Ihnen nicht im einzelnen die absoluten und die relativen Normen vorzuführen, die man da aufzustellen vermag. Alle diese Dinge sind den Herren bekannt. Aber man hat in diesen Normen noch keinerlei brauchbaren Maßstab gefunden. Das wird auch von den Freunden der Abrüstung immer mehr erkannt und ausgegeben. Und endlich, und vor allem, die Anwendung dieser Kontrollmittel ist es dem preussischen Patriotismus, ist es den großen genialen Führern des preussischen Volkes gelungen, eine vierfach stärkere Armee aufzustellen, als der Sieger ihm zugestanden hätte. Wer die Frage der Abrüstung einmal sachlich und ernsthaft durchdenkt, bis in ihren Konsequenzen durchdenkt, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß sie in unsbar ist, solange die Menschen und die Staaten Staaten bleiben. (Sehr richtig! Lachen b. d. Soz.) Von verschiedenen Vordröckern sind auch die Ausführungen erwähnt worden, die der englische Minister des Auswärtigen über die Abrüstungsfrage gemacht hat. Der englische Minister hat dabei dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß ein Nachrichtenaustausch zwischen England und Deutschland über die gegenseitigen Schiffsbauten vor Ueberprüfungen sicher und in beiden Ländern die Ueberzeugung befestigen könnten, daß keine das andere heimlich überboten würde. Durch den Nachrichtenaustausch würden dann auch die anderen Nationen über das Verhältnis orientiert werden, in dem England zu Deutschland steht. Und auch das würde dem allgemeinen Frieden dienen. Wir haben diesem Gedanken um so eher beitreten können, als unser Bauprogramm für die Flotte von Anfang an offen vor aller Welt lag, und wir haben uns deshalb bereit erklärt, uns hierüber mit England zu verständigen in der Hoffnung, daß dadurch die erwartete Beruhigung der öffentlichen Meinung in England eintreten werde. (Zuruf bei den Soz.: Und die Kontrolle?) Auch die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit ist in neuerer Zeit besonders lebhaft erörtert, insbesondere nach der Wählung hin, es ist möglich wäre, Schiedsgerichtsverträge ohne die sogenannte Ehrenklausel zustande zu bringen. Diese Klausel bildet bekanntlich den Bestandteil aller bisher abgeschlossener Schiedsgerichtsverträge. Sie besagt, daß kein Streit durch die Anwendung kommt, von dem die Unabhängigkeit, die Ehre, die Lebensbedingungen eines der vertragschließenden Teile berührt werden. Man hat namentlich erörtert, die Möglichkeit des Abschlusses eines derartigen unbeschränkten Schiedsvertrages zwischen England und Amerika. Dabei ist namentlich in Amerika die Ansicht vertreten worden, daß die Bildung eines derartigen unbeschränkten Schiedsvertrages auf die anderen Nationen der Wirkung einer Allianz gleichkommen würde. Es ist nicht meines Amtes, die Chancen eines derartigen Abkommens zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu erörtern. Jede Nation hat es mit ihrem Tat nach allem abzumachen, ob und unter welchen Bedingungen sie Schiedsgerichtsverträge abschließen will. Internationale, die Welt umspannende, von einem Weltkongreß abgeleitete Schiedsgerichtsverträge hätte ich für ebenso unmöglich, wie eine internationale allgemeine Abrüstung.

Deutschland steht den Schiedsgerichtsverträgen nicht ablehnend gegenüber. Wir haben in allen unseren neuen Handelsverträgen die Bestimmung aufgenommen, daß Tarifverträge einem schiedsgerichtlichen Verfahren unterworfen werden sollen. Wir haben mit zwei Großmächten allgemeine Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen, von dem der eine noch fortgesetzt in Gültigkeit besteht. Deutschlands Betreten ist es vor allem zu denken, daß im Haag die Einigung eines internationalen Friedenshofes zustande gekommen ist. Was die Grenzklausel anlangt, so schaffte nach meiner Ueberzeugung ihre Streichung nicht den Frieden, sondern sie konstatiert lediglich, daß zwischen den beiden Nationen, welche sie streichen, ein ernsthafter Anlauf, den Frieden zu brechen, nicht gedacht werden kann. Ein unbeschränkter Schiedsvertrag besetzt lediglich einen bereits de facto bestehenden Zustand. Wenn ich dieser Zustand, entwickeln sich zwischen den beiden Nationen Gegenwärtige, welche ihre Lebensbedingungen berühren, welche, wie man im gemeinen Leben zu sagen pflegt, an die Nieren gehen, dann möchte ich den Schiedsvertrag sehen, der nicht wie Juno brennt. (Zustimmung.) Man kann aus dem Leben der Nationen die Ultima ratio nicht ganz wegstreichen. Wir können nur beibringen, die Eintritts sobald und soweit wie möglich hinauszuschieben. Dazu dienen zweifellos auch Schiedsverträge, und um so geeigneter werden sie sein, je mehr man sie auf klar zu überlebende Rechtsverhältnisse beschränkt. Wenn wir so praktisch handeln, und Deutschland tut das, so kann tun wir nichts, was nicht mit der Bestimmung von Zuständen, welche dem Leben der Menschheit und der Staaten fern sind. Zur Friedfertigkeit aber gehört Stärke. Es gilt noch immer der alte Satz, daß der Schwache eine Reute des Starken werden wird. Will er dann ein Volk für seine Stellung nicht mehr soviel ansehen, das es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das große Gleich, dann sinkt es in die Rolle des Statisten zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer da sein, der bereit ist, seinen Platz in der Welt einzunehmen. Wir Deutschen in unserer exponierten Lage sind vor allem darauf angewiesen, dieser rauen Wirklichkeit unterworfen ins Gedächtnis zu leben. Nur dann werden wir uns den Frieden und unsere Erfolge erhalten. (Beifall rechts, Hört, hört! bei den Soz. Neuer lebhafter Beifall.)

Die Freunde der Saale-Zeitung werden gebeten, auf ihren Reisen in Hotels und Restaurants überall „Saale-Zeitung“ zu verlangen.

durchführbar ist. Wer unjähre, verschwommene Vorschläge macht, kann sehr leicht anstatt zum Verührer zum Störfriede werden. (Sehr richtig.) Nicht ganz so weit, wie der sozialdemokratische Antrag geht die Resolution, die die Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei vorschlagen, auch der Abg. Spahn hat sie, wie ich sagte, in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Da wird beantragt, wir möchten in Verhandlungen eintreten, wenn uns von anderer Seite Vorschläge gemacht werden. Ich bin den Herren aufrichtig dafür dankbar, daß sie mir nicht die Aufgabe aufgeben wollen, formulare Anträge auszugeben (Beifall rechts), sondern, daß Sie das anderen zusehen möchten. Wenn die Großmächte ein Abkommen über allgemeine internationale Abrüstungen treffen wollten, dann müssen sie sich zuerst darüber einigen, welche Geltung überhaupt die einzelnen Nationen im Verhältnis zueinander haben sollen. Es muß eine Art Rangordnung aufgestellt werden, in die jede Nation numerarmäßig mit ihrer zugehörigen Einflusssphäre eingetragen wird. Vielleicht kann es so gemacht werden, wie es bei den industriellen Syndikaten geschieht. Ich würde es ablehnen, ein solches Formular zu entwerfen. Praktisch, könnte man sagen, ist ein Ranganspruch schon erfüllt. England ist davon überzeugt und es ist wiederholt erklärt, daß trotz aller seiner Wünsche auf Einschränkung der Rüstungen und auf Schließung etwaiger Streitigkeiten durch schiedsgerichtliche Verfahren, seine Flotte unter allen Umständen jeder möglichen Kombination in der Welt gerathen oder sogar überlegen sein müsse. (Sehr richtig rechts.) Diesen Zustand anzuerkennen, ist ein gutes Recht Englands. Und gerade wie ich zur Abrüstungsfrage sehe, würde ich der letzte sein, dieses Recht auch nur irgendeiner anzuzweifeln. Ganz etwas anderes aber ist es, einen solchen Anspruch zur Grundlage eines Abkommens zu machen, das von den anderen Mächten in friedlicher Zustimmung angenommen werden soll. Wenn dagegen Einsprüche gemacht werden, wenn andere Mächte mit Ihnen zugediesenen Kontingenten nicht zufrieden sind — man braucht nicht bloß die Fragen aufzuwerfen, um zu wissen, wie es auf einem Weltkongreß, ein europäischer würde ja nicht ausreichen, gehen würde, der über dieartige Einsprüche zu entscheiden hätte. Und dann die Heer! Wenn uns z. B. in Deutschland zugemutet werden sollte, unser Heer, sagen wir um 100 000 Mann zu verringern — um wieviel müssen dann die Heere von Frankreich, Rußland, Österreich und Italien verringert werden? Wenn Sie zu irgendeiner Zahlenproportion hier kommen wollen, dann müssen Sie zuerst das allgemeine Machtverhältnis fixieren, in dem diese Nationen zueinander stehen sollen. Bei einer vorbereitenden Enquete würde mit jede Nation antworten, daß sie die Stellung in der Welt beansprucht, welche der Gesamtkomplex ihrer nationalen Kräfte entspricht, und daß ihre Streitkräfte diesem Anspruch entsprechend abgemessen werden müssen. Ich würde jedenfalls für Deutschland keine andere Antwort geben. Ich würde auch der Ehre und dem Nationalgefühl jedes anderen Volkes zu nahe treten, wenn ich ihm eine andere Auskunft zumute.

Staatssekretär des Auswärtigen von Kiderlen-Wächter:

Es ist an mich die Frage gerichtet worden, wie es mit der Anerkennung des neuen Regimes in Portugal stehe. Bei einem internationalen Gedankenaustausch ist festzustellen, daß die formelle Anerkennung der Regierung feststehen solle, wenn sie von ihrem eigenen Parlament, oder von der Nationalversammlung anerkannt sei. Dies ist bisher nicht erfolgt. Wir sind daher voll und ganz bereit, wenn wir die portugiesische Regierung bisher nicht anerkannt haben. Diefelbe Stellung haben auch die anderen Völker angenommen. Die zweite Frage betraf das Eigentum eines Deutschen in Oporto; es wurde ihm dort sein Grundbesitz verweigert. Wir haben die Verhältnisse eingehend geprüft und es ist ganz zweifellos, daß eine Rechtsverletzung vorliegt. (Hört, hört!) Wir haben das Portugal in freundschaftlicher aber energischer Weise mitgeteilt. Alle unsere Vorstellungen sind aber bisher vergeblich geblieben. (Hört, hört!) Es bleibt uns daher nichts übrig, als zu erwägen, welche Maßnahmen wir nun ergreifen wollen, um unserm Untertanen zu seinem Rechte zu verhelfen. In diesen Erwägungen sind wir der festen Überzeugung, daß wir diese Erwägungen nicht ohne Rücksicht auf die Interessen der Nation vornehmen werden. (Beifall.)

Hg. von Arnim (Halle): Die katholische Bewegung über angebliche Verletzung des Verfassungsinnes polnischer Vereine gegenüber und begründet die polnische Resolution auf Verletzung eines Gelehrtenrechts zur Regelung des Aufnahmefalles der Ausländer im Deutschen Reich.

Hg. Eickhoff (Ep.): Die verübten Regierungen sollten die Verhandlungen auf Schaffung eines Schiedsgerichtswertungs mit Amerika wieder aufnehmen. Colablanca sollte eine Lehre sein und veranlassen, auch mit Frankreich einen solchen Vertrag zu schließen. Das würde moralisch einen großen Eindruck machen.

Ein Vertragsantrag wird angenommen.
H. v. Bieberstein (Kons.): Herr Balfmann hat behauptet, in einem von mir unterzeichneten Flugblatt seien die National-Liberalen als die schlimmsten Feinde der Landwirtschaft bezeichnet worden. Das Schreiben war vertraulich. Es handelt sich dabei also um einen Vertrauensbruch. (Beifall.) Ich habe nun gesagt, daß die liberalen Parteien in ihrer Gesamtheit und nicht zuletzt die National-Liberalen agrarfeindlich sind. (Geisterlich und kurze Linsen: Ha alo!) Ich erkenne aber an, daß bei den National-Liberalen viele Landwirtschaftsfreunde sind.

Hg. Balfmann (Nf.): Herr v. Bieberstein bestreitet damit nur das, was ich gesagt habe.
Weiterberatung: Freitag 12 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom Donnerstag, 30. März, 11 Uhr.

Im Ministerrath: Dr. Spahn.

Die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über das

Mittschülerbildungsgesetz

wird fortgesetzt.
H. Dippel (Nf.) wünscht, daß auch für die weibliche Jugend Mittschülerbildungsgesetz errichtet werden. Die Fortbildungsschule dürfe nicht durch nichtgenügende Religionsunterricht befehle werden. Auch der gute Charakter darf niemals zu die ausgeübt werden, wenn man nicht verkehrte Früchte ernten will. (Sehr richtig! links.) Eine religiöse Einwirkung durch die Kirche kann ja stattfinden, aber ohne Zwang. Wir hoffen, daß der Entwurf so aus der Kommission kommt, daß wir ihn zustimmen können. (Beifall.)

H. Meier-Dels (Nf.) stimmt der Kommissionsberatung zu. Fortbildungsschule und Jugendpflege müssen sich ergänzen; letztere ist ohne erstere nicht denkbar. Die Ausführungen Dr. Schmiedingers können wir unterstützen, nur glauben wir, daß der obligatorische Religionsunterricht für die Fortbildungsschule nicht empfiehlt. Sehr gefährlich wäre es, wenn man in diesem subtilen Entwurf Inhabitionen würde. Die Jugend ist ein Pfund, mit dem wir wahren müssen; deshalb wollen wir ihr alles nötige Nützliche mitgeben. (Beifall.)

H. Wolkenow (Ep.) ist ebenfalls für Kommissionsberatung. Dem Grundgedanken des Gesetzes stimmen wir zu, haben aber gegen einzelne Bestimmungen schwere Bedenken. Der Entwurf gibt keine Auskunft, was unter staatsbürgerliche Erziehung zu verstehen ist. Wir haben nicht geringe gewisse Aufgaben in der Schule bekämpfen will. Hierüber würde das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert. Zu härteren Bedenken gibt die Zusammenfassung des Schulnachlasses Anlaß. Die Bestimmungen über die staatsbürgerliche Erziehung, über die Lehrer und den Schulvorstand waren auch in dem ursprünglichen Entwurf, der vom Handelsministerium stammt, nicht enthalten. (Sehr richtig! links.) Hier fällt man die schwere Hand des Kultusministeriums. (Sehr richtig! links.)

Handelsminister Dr. Spahn: Es trifft nicht zu, daß die Bestimmungen über die Stellung der hauptamtlichen und nebenamtlichen Lehrer an den Fortbildungsschulen durch das Kultusministerium in den Entwurf hineinkamen. Die Bestimmung war allerdings in dem Entwurf des Handelsministeriums, der seinerzeit dem Beirat des Landesgewerbeamts vorgelegt war, nicht enthalten; auf Anregung des Magdeburger Oberbürgermeisters Schneider, die von allen Seiten begünstigt wurde, ist der Gesetzesentwurf ergänzt worden. Diese Bestimmung zeigt nichts anderes, als das Fürsitzrecht des Staates, das ihm im allgemeinen gegenüber dem Gewerbeamt, also auch gegenüber dem Fortbildungsschulnachlass zufließt. (Beifall.)

H. Eustala (Nf.) fordert den Religionsunterricht für die Fortbildungsschule. Diese dürfe nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden.
H. Kirch (Kons.): Für die Regierung ist die Fortbildungsschule nur ein Werkzeug zur politischen Verwindung der Jugend. Die Vorlage richtet sich gegen die Sozialdemokratie. In den Schulvorständen haben sich die Sozialdemokraten sehr benützt. (Achtung rechts.) Aber wenn die Güter verderben wollen, den schlag sie mit Blindheit. Die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts wäre nur neue Agitation für den Austritt aus der Landeskirche. Uns gehört die Jugend. (Beifall b. d. Sg. Laufen rechts.)

H. Vorster (Nf.) bebauert, daß bei Beratung des Entwurfs im Beirat nur ein Vertreter der Großindustrie beteiligt war. Zu bedauern ist, daß ein großer Teil von Industrieleuten unter 18 Jahren nicht mehr angenommen werde. Es müssen daher Ausnahmen gewährt werden.

H. Dr. Schupp (Ep.) wendet sich gegen die Staatsaufsicht, wie sie die Vorlage vorsieht. Nach Braunschweig seien schon

Rechtsfreie geschloffen worden. Der Redner spricht sich gegen die Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen aus. Der Religionsunterricht würde die ganze Institution der Fortbildungsschule schädigen. Früher haben die Zeitungsverwalter eine andere Stellung eingenommen. Nicht nur viele Handwerksmeister, sondern auch viele katholische Lehrer sind Gegner des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen. Sollte dieser wider Erwarten eingeführt werden, würde es uns schwer fallen, für das Gesetz zu stimmen. (Beifall links.)

H. Dr. v. Rühlhorn (Kons.): Der staatsbürgerliche Unterricht soll wohl so eine Art verwohnter Moralunterricht werden. Wäre Abg. Hirsch kein Abgeordneter, würde ich sagen, er zehet wie der Blinde von der Farbe, er versteht eben nicht, was Millionen Preußen das heilige ist. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wir wünschen stiftlich-religiöse Erziehung. Darum sollte man der Kultusverwaltung das Recht der Mitverwaltung geben. Der Auffassung des Ministers von einer möglichen Störung des konfessionellen Friedens können wir nicht zustimmen. Hoffentlich können wir in der Kommission das Gesetz so gestalten, wie es den besten stiftlichen und staatlichen Interessen, um die es sich hier handelt, entspricht. (Beifall links rechts.)

H. Handelsminister Dr. Spahn: Der bürgerliche Unterricht muß jedenfalls alle aufreißende Politik im Sinne irgend einer Partei vermeiden, sonst würde das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt ist. Wenn man die Fortbildungsschule zu einer allgemeinen Erziehungsanstalt machen wollte, würde man ihr etwas zumuten, was sie nie und nimmer erfüllen kann. Die Bedeutung des Religionsunterrichts nicht nur für den jugendlichen Menschen, sondern für das Menschensein überhaupt, lenne ich sehr wohl. Aber das ist in erster Linie Sache der Kirche, und von einem Zwang verpöche ich mir das Gegenteil einer nützlichen Wirkung im Sinne der Religion. (Sehr richtig links.)

H. Dr. Kaufmann (Kons.): Nach dem Wunsch unseres erhabenen Herrschers soll dem Volke die Religion erhalten werden, den Kindern des Volkes will man sie nehmen. (Sehr gut rechts und im Zentrum.) Es handelt sich nicht um, laichselig oder „evangelisch“, sondern um „christlich“ oder „abkirchlich“. Die schuldlose Jugend hat keine besseren Freunde als die Geistlichen. (Beifall rechts.) Wohlstand der Menschen im Schulwesen Preußens; ohne die Religion zu erwähnen. Das bedeutet eine Hintanhaltung eines wichtigen Erziehungsgegenstandes. (Beifall im Ztr.) Ein Gesetzentwurf wird angenommen.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.
Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr: Gehej wegen Zshpreberechtigung, ostpreussische Wegeordnung.
Schluß 4 Uhr.

Deutsches Reich.

Graf Pfeil vom Kriegsgericht freigesprochen.

Aus Berlin, 30. März, wird uns geschrieben: Heute morgen begann vor dem Kriegsgericht der königl. Kommandantur ein neuer Prozeß gegen den Grafen Pfeil wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt. Die Anklage führt die Paragraphen 114, 121, 122 und 154 des Militärstrafgesetzbuches an. Sie wirft dem Angeklagten vor, den Buchen Günstler in vorstrafwürdiger Weise behandelt, befristet und die Dienstgewalt über ihn zu Privatweden mißbraucht zu haben. Die Vorgänge, auf die sich die Anklage stützt, sind kurz folgende:

Der Buchse Günstler diente in demselben Regiment, in dem Graf Pfeil als Hauptmann und Kompagniechef stand, beim Infanterieregiment Nr. 129 in Graubenz. Im zweiten Dienstjahr war er bei dem Grafen Buchse. Graf Pfeil war in dem Glauben, daß seine Buchsen von der Gräfin und seinen Wiberlagern dazu ausgesucht würden, um Material gegen ihn herbeizuführen. Eines Tages entdeckte der Angeklagte bei der Heimfahrt im Hausflur eine zerbrochene Lampe auf dem Erdboden. Er fragte Günstler, wer die Lampe zerbrochen habe, und als ihm der Buchse erwiderte, er wisse dies nicht, ließ ihm nach der Anklage sein Hauptmann vor die Brust und rief dabei mißtrauisch: „Sie sind ein ganz gefährlicher...!“ Als er den Buchsen eines Tages fragte, ob ihn die Gräfin ausgehört und er von Zivilpersonen bedrohen worden sei, befristet dies Günstler. Daraufhin unterzog Graf Pfeil die Habseligkeiten des Buchsen einer Revision. Er ließ ihm das Spind öffnen und durchsuchte die Briefschaften des Soldaten. Auch das Bett des Buchsen sah er nach. Er überschritt dadurch seine Disziplinargewalt, die in diesem Falle einem Gericht zugestanden hätte. Nur dieses war zu einem solchen Vorgehen berechtigt. Graf Pfeil, der auf Grund des erhehrergerichtlichen Beschlusses verhaftet wurde, ist im schwarzen Gewand erschienen. Der Angeklagte bestritt er entschieden, seinen früheren Buchsen Günstler gefangen zu haben. Der Angeklagte will hauptsächlich aus dem Grunde gegen Günstler vorgegangen sein, weil er militärische Zwecke der Disziplin verfolgt habe. — Rechtsanwalt Dr. Baranau stellt verschiedene Fragen an den Angeklagten. U. a. erucht er Graf Pfeil um Auskunft darüber, ob er auch auf dem Exzerzierplatz von Defektios überwacht worden sei. Der Angeklagte erwidert bejahend. Auch eines seiner Dienstmädchen, eine bildhübsche Mädchen, habe sich an ihn herangedrängt, um ihn auszuholen. Minderwertige Mädchen habe man ihm ins Haus geschickt und unentgeltlich für Dienste zur Verfügung gestellt. Der weitere Verlauf der Zeugnisaussagen gestaltete sich so günstig für den Angeklagten, daß der Vertreter der Anklage Freisprechung beantragte, da er den Hauptzeugen Günstler nicht für glaubwürdig erachtet. Diefem Antrag schloß sich der Verteidiger an und betonte besonders, daß es hier weniger darauf ankomme, daß die Anklage den Angeklagten in diesem Falle erweisen würde, sondern daß es mit besonderer Freude zu begrüßen wäre, daß endlich dem Angeklagten einmal Gelegenheit gegeben würde, die unerhörten Angriffe und Verfolgungen, denen er durch seine Frau, deren Rechtsanwältin und eine ganze Anzahl von Defektios ausgekehrt gewesen sei, endlich einmal in voller Deffentlichteit an den Pranger zu stellen.“ Das Gericht schloß sich dem Antrag des Anklagevertreters und des Verteidigers an und sprach den Angeklagten unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse frei.

Die Hamburger Spionage-Affäre.

Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist die Hamburger Spionage-Affäre vom Reichsgericht öffentlich zur Untersuchung nach Hamburg überwiesen worden. Der Reichsanwalt hat den Hamburger Untersuchungsrichter Dr. Sieneking mit der Untersuchung beauftragt. Dieser wird jetzt die verhafteten sechs Personen sowie zahlreiche Zeugen zu vernehmen haben. Dann geht die Sache an den Reichsanwalt zur Erhebung der Anklage nach Leipzig zurück.

Der Lohnkampf in der Chemnitzer Metallindustrie.

Der Kampf in der Chemnitzer Metallindustrie wird mit Erbitterung weitergeführt. Die Unternehmer suchen von auswärts Erleichterung für die Streikenden und Ausgesperrten. Bemerkenswert für die Stimmung ist es, daß der Metallarbeiterverein ehemaliger 134er in Chemnitz beschlossen hat, seine streikenden und ausgesperrten Mitglieder während der ganzen Dauer des Kampfes mit 14 bis 17 Mark wöchentlich zu unterstützen. Der Allgemeine Konsumverein in Chemnitz wird seinen ausgesperrten und streikenden Mitgliedern wöchentlich ein großes Brot umlohn liefern. Den Unternehmern steht die Geföhloffenheit. Viele sind mit der Ausprägung nicht einverstanden und haben nicht einen Mann entlassen. Die Arbeiter sind noch jetzt zu Unterhandlungen bereit. In den Fabriken, die einen Teil der Arbeiter ausweisen, belotgen sie jedoch die Taktik, in den wichtigsten Zweigen die Arbeit einzustellen, um damit ganze Betriebe stillzulegen.

Ausland.

„Beschuj bei Abdul Hamid.“

Aus Konstantinopel meldet die „S. J. a. M.“: Der kürzlich in der Villa Vassiliani in Saloniki verhaftete Vardikauer Journalist Sotolow, der nach Feststellung seiner Identität wieder freigelassen worden war, ist in der Villa neuerdings verhaftet worden. Er erklärte, von seinem Blatt den Auftrag erhalten zu haben, alle Hefen in Bewegung zu setzen, um in Erfahrung zu bringen, ob es wahr sei, daß der Exultan Abdull Hamid gefordert sei und daß sein Tod geheim gehalten werde. Es gelang ihm heute, als Soldat verkleidet in die Villa zu kommen. Er wurde aber erkannt und angehalten. Sotolow wird aus Saloniki ausgewiesen werden.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 31. März.

Ehrongen für Major v. Busse.

Dem scheidenden Präsidenten der Landwirtschaftskammer Herrn Major v. Busse-Fischortau, ist vom König der Rote Adlerorden 2. Klasse verliehen worden.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer beschloß, eine Erinnerungsmedaille mit dem Reichsdiplom Busse zu stiften, die künftig für hervorragende Verdienste um die Landwirtschaft verliehen werden soll.

Wechsel in der Bundesleitung.

Erzlegung von Bebel, der Erste Vorsitzende des Evangel. Bundes, der im Jahre 1907 den Vorsitz des Bundes übernahm und nach Halle verzogen war, ist durch dringende und nicht vorausgesehene Familienverhältnisse veranlaßt worden, seinen Wohnsitz nach Coburg zurückzuverlegen, und hat deshalb sein Amt als Erster Vorsitzender niedergelegt.

Herr Generalleutnant v. D. von Bebel, der sich in den vier Jahren durch seine bewonnene Führung und tatkräftige Mitwirkung in allen Kreisen des Evangelischen Bundes große Sympathien erworben hat, wird sich und Stimme im Zentralvorstand behalten.

Kleinkinderlehrerinnen-Prüfung.

Am Dienstag und Mittwoch dieser Woche fand im Seminar des Diakonissenhauses zur Ausbildung von Kleinkinderlehrerinnen das Examen statt, an dem sich 12 Lehrlinge beteiligten und zwar: Frä. Elisabeth Dittmer, Charlotte Schulz, Margarete Ehrhardt, Elisabeth Buchholz, Anna Schönherz aus Halle, Gertraud Schulte aus Pennschiff, Elisabeth Dietz aus Cambura, Martha Friß aus Sangerhausen, Erna Wiedehopf aus Berlin und 3 Schweftern. Von den Geprüften gehen einige in die Arbeit an Kleinkinderschulen bzw. als Erzieherin in Familien, andere erlernen erst noch die praktische Kinderpflege in verschiedenen Anstalten. Die Ausstellung der Handfertigkeiten und Handarbeiten erregten auch dieses Mal wieder besonderes Interesse; es steht deren Bestätigung im Seminargebäude Mähweg 5 bis Montag an den Nachmittagen jedermann frei. Der neue Kursus beginnt am Freitag, den 21. April.

Gefühlsgewalt. Am 10. April, vormittags 9½ Uhr, beginnt in der Zentral-Gefühlsgewalt-Anstalt in Halle-Göllwitz der diesjährige Unterrichtskursus in der praktischen Gefühlgewalt mit besonderer Berücksichtigung der künstlichen Brust und Brustzeit. Der Kursus dauert bis zum 25. April mittags. Das Honorar beträgt 10 Mark. Die Anmeldung kann bei der Landwirtschaftskammer zu Halle a. S., Kaiserstraße 7, erfolgen. Für unbenutzte weibliche Personen stehen Beihilfen in Aussicht, die bis zum 6. April bei der Landwirtschaftskammer zu beantragen sind und von dem zuständigen Landrat befürwortet sein muß.

Halle'scher Beamtenausflug. Am Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr hält der „Halle'sche Beamtenausflug“ in Wöllers Restaurant (früher Rohlf) seine Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: Geschäftsbericht, Jahresbericht, Wahlentscheid und Verchiedenes.

Stadtkommission. Die Jahresversammlung des Frauenvereins für Stadtkommission (Magdalenen-Frauenklub) findet am Sonntag, den 2. April, abends 8½ Uhr im großen Saale des Stadtkommissionshauses, Weidenplan 4, statt. Außer dem zu er wartenden Jahresbericht wird Frau Julie Dittmer, Fürstendame beim Kg. Polizeipräsidium in Berlin, einen Vortrag halten über „Erfahrungen in ihrer Arbeit“. Nebenmann ist willkommen.

Christlicher Verein junger Männer. „Über das Geföhloffenleben und seine Hygiene“ werden am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, im Saal des Christlichen Vereins junger Männer, Weidenplan 29, Herr Dr. med. Hoeniger und Herr Pastor Faberland einen Geföhloffenortortrag halten. Der Zutritt ist frei, jedoch nur für Männer und junge Männer.

Berlin. 1. Britenaria. I treffen sich kommenden Sonntag auf dem Hohenzollernplatzplatz. Da beide Vereine in den

Main table containing various market data, including stock prices, exchange rates, and commodity prices. The table is organized into multiple columns and rows, with headers indicating different categories of goods and services.

